

## **Rückkehrer nach Tibet festgenommen, geschlagen und den nepalesischen Behörden überstellt**

Die harsche Behandlung der tibetischen Pilger, die aus Indien und Nepal in ihre Heimat zurückkehren, geht auch Monate, nachdem die ersten Rückkehrer (1) willkürlich inhaftiert wurden, unvermindert weiter.

Eine Gruppe von neun Tibetern, fünf Männern und vier Frauen, aus der Gegend von Nagchu in der TAR, die Ende letzten Monats nach Hause zurückkehren wollten, sind an der nepalesisch-tibetischen Grenze von der chinesischen Polizei festgenommen worden. Quellen zufolge hielten die chinesischen Lokalbehörden sie neun Tage lang fest, schlugen sie, nahmen ihnen ihre rechtmäßigen, in Nagchu ausgestellten Reisedokumente ab und überstellten sie nepalesischen Behörden.

Die Tibeter werden derzeit von der Immigrationsbehörde in der Hauptstadt Kathmandu festgehalten. Vermutlich werden sie später auf Entrichtung eines Lösegeldes von 37 US\$ pro Person nach Indien geschickt.



*Die Freundschaftsbrücke bildet die Grenze von Nepal nach Tibet*

„Die neun Tibeter waren zu Anfang des Jahres nach Indien gereist, um in Bodhgaya den Kalachakra Belehrungen, die Seine Heiligkeit der Dalai Lama dort gab, beizuwohnen“, sagte ein in Nepal lebender Tibeter. „Sie beschlossen ein paar Monate in Nepal zu bleiben, nachdem sich herumgesprochen hatte, daß die chinesische Grenzpolizei die zurückkehrenden Pilger belästigt und in Gewahrsam nimmt.“

Seit Januar d. J. sind Hunderte von tibetischen Pilgern verschwunden oder wurden monatelang willkürlich inhaftiert. Von der Grenzortschaft Dram (chin. Zhangmu) an der Grenze von Nepal zu Tibet entlang der gesamten Strecke bis Lhasa hat China eigens zu dem Zweck, die Pilger abzufangen, ein Dutzend neue Checkpoints aufgestellt.

Im Februar hatte Human Rights Watch (HRW) die chinesische Regierung aufgefordert, die Tibeter, die auf ihre Pilgerfahrt nach Indien hin festgenommen und zwangsweise indoktriniert wurden, sofort wieder freizulassen.

HRW sagte, dies sei die erste bekanntgewordene Verhaftungswelle seit den 70er Jahren, bei der die chinesischen Behörden Laien in großer Zahl festgenommen und sie gewaltsam der Umerziehung unterzogen haben. „Menschen willkürlich festzuhalten und sie zur Teilnahme an politischem Unterricht zu zwingen, ist ein Verstoß gegen die eigenen chinesischen Gesetze wie auch gegen das Völkerrecht“.

„Die Behörden sollten diese Personen freilassen, denn ihre Inhaftierung läßt die Spannungen in den tibetischen Gebieten, in denen Bewegungsfreiheit und Kommunikation bereits stark eingeschränkt wurden und ungeheuer viel Sicherheitspersonal und Truppen im Einsatz sind, nur noch steigen“, heißt es weiter bei HRW.